

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 8460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H)

NUMMER 92 A

BERLIN • Mittwoch, den 20. April 1932

1. JAHRGANG

Der teure Staat. Reichsreform und Arbeiterschaft.

Von Hans Lehnert.

30 Prozent des deutschen Volkseinkommens sind im Jahre 1931 von Steuern und Soziallasten aufgezehrt worden!

Als wir gelegentlich im „Funke“ fragten, an welcher Stelle Einsparungen vorgenommen werden könnten, um mit öffentlichen Geldern die Anlage von Wohnungen und landwirtschaftlichen Siedlungen zu finanzieren und damit die Wirtschaftskrise überwinden zu helfen, haben wir natürlich auch an die kostspielige Verwaltung des Deutschen Reiches gedacht. Nicht nur die Liebesgaben an die Groß Bankerotteure in Landwirtschaft und Industrie, nicht nur die Panzerkreuzer und Kirchenbauten, sondern auch den Unfug der „geschichtlich gewordenen“ Kleinstaaterei und den Luxus eines aufgeblähten und vielfach leerlaufenden Verwaltungsapparates dürfen die steuerzahlenden Massen gütigst finanzieren.

Tatsachen zur deutschen Kleinstaaterei.

Das Deutsche Reich besteht immer noch aus 17 Ländern. Das kleinste, Schaumburg-Lippe, hat 48 600 Einwohner. Neun Länder haben weniger als je eine Million Einwohner.

Das flächenkleinste Land, Bremen, umfaßt 256 qkm. Zehn Länder haben einen Flächeninhalt von weniger als je 10 000 qkm.

Ferner bestehen, hauptsächlich in Mitteldeutschland, mindestens 200 sogenannte Exklaven; das sind Bezirke, die zu einem bestimmten Land (etwa Oldenburg) gehören, aber räumlich völlig von diesem Land getrennt sind, da sie innerhalb eines anderen Landes liegen (etwa die oldenburgischen Bezirke Birkenfeld und Eutin in Preußen). Das Land Braunschweig ist selber nichts anderes als eine Sammlung von 28 solcher Exklaven.

Vergleichen wir Flächengröße und Bevölkerungsgröße eines Landes mit seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, dann stellt z. B. Schaumburg-Lippe lediglich 0,08 Prozent des Deutschen Reiches dar und erarbeitet nur einen Einkommensanteil von 0,048 Prozent des Reiches.

Etwa 400 Gemeinschaftsverträge mit Preußen dienen zur finanziellen Entlastung der Zwergstaaten. (Das kleinere Land benutzt den Apparat des größeren mit; z. B. ist der Magdeburger Eichungsinspektor auch für Anhalt tätig.)

In Preußen entfallen auf je einen Minister 4 768 000 Einwohner, Lippe hat schon bei je 32 000 Einwohnern einen aktiven Staatsminister.

Im Dienst der Hoheitsverwaltungen des Reiches, der Länder und der Kämmerer-Betriebe der Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern standen am 31. März 1928 rund 1,3 Millionen Menschen.

Ein Musterfall.

Einen Musterfall für den Zopf der altertümlichen deutschen Exklavenwirtschaft bietet eine Denkschrift des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen. Die preußischen Exklaven Ziegenrück und Blindendorf sind beide durch thüringisches Gebiet voneinander und von Preußen getrennt. Will nun ein Landwirt aus Blindendorf zu seinem nördlich in der Exklave Ziegenrück gelegenen preußischen Landratsamt Ranis gelangen, so hat er folgende Wege zur Auswahl:

Entweder er legt zu Anfang und am Ende seiner Reise je 13 km Fußmarsch (insgesamt 5 Stunden) zurück und benützt für die Mittelstrecke die Bahn Lobenstein-Ziegenrück. Oder er entschließt sich — wenn ihm die Strapazen der fünfständigen Fußreise zu groß sind — zu einer abenteuerlichen Bahnfahrt von 120 km über Göttingen, Mehlener, Weida, Triptis, Neustadt nach Pöbbeck, an deren Ende ihm freilich noch eine Fußwanderung von 8 km winkt. Solche Wege und Fahrten beanspruchen in der Regel 48 Stunden und sind bei der Landbevölkerung nicht einmal selten, da der Besuch

Kriegshetze in der Mandschurei.

Zuspitzung des Konflikts Japan—Sowjet-Rußland.

Nachdem die japanische Regierung noch vor wenigen Tagen, offenbar auf den Druck von Moskau hin, den Vorwurf hat fallen lassen, daß Sowjet-Russen an dem Bombenattentat auf den japanischen Panzerzug beteiligt gewesen seien, hat sich die Lage seit Montag wesentlich verschärft.

Es handelt sich um die Abberufung des mandchurischen Generalkonsuls aus der auf russischem Boden gelegenen Grenzstadt Blagowjeschtschensk, die von der russischen Regierung aus verlangt worden ist. Es ist bisher noch nicht völlig klar, worauf diese von Rußland geforderte Abberufung zurückzuführen ist. General MA, dessen zweideutige Rolle weiter geht, soll, wie Reuter meldet, an die Völkerbundsabordnung ein aus Blagowjeschtschensk stammendes Telegramm abgeschickt haben. Es sei ihm nicht möglich gewesen, in einem mandchurischen Ort das Telegramm aufzugeben, er habe daraufhin den mandchurischen Generalkonsul in Blagowjeschtschensk veranlaßt, das Telegramm zu befördern. Aus Moskau wird gemeldet, daß das Außenkommissariat die Regierung PUJI daraufhin ersucht hat, ihren Generalkonsul abzurufen, da sein Verhalten nicht den diplomatischen Gepflogenheiten entspreche. Diese Forderung wird in Zusammenhang gebracht mit Gerüchten, wonach Sowjet-Rußland MA unterstützen soll. Um diesen Gerüchten entgegenzutreten, verwahrt sich die russische Regierung gegen den Schritt des mandchurischen Generalkonsuls und verlangt seine Entfernung.

Der Generalkonsul hat sich, wie aus Moskau gemeldet wird, entschlossen, Blagowjeschtschensk zu verlassen. Die Regierung PUJI hat erklären lassen, daß sie den Schritt Moskaus als durchaus unfreundlich empfinde. Der Generalkonsul wird in der mandchurischen Residenz Tschangtschun erwartet, um dort Rechenschaft zu geben. Die Nachrichten über Abberufung der in anderen russischen Städten tätigen mandchurischen Konsule so wie die der Ausweisung der russischen Vertreter aus der Mandschurei, wovon in Tschangtschun gesprochen wird, bedürfen noch der Bestätigung.

Auf alle Fälle steht fest, daß die Gegensätze zwischen Japan und Sowjet-Rußland in der Mandschurei sich sehr zuspitzen. Die „Iswostija“ sprechen die ernste Sorge der russischen Regierung aus über das freventliche Spiel, das in der Mandschurei mit dem Frieden getrieben wird.

In Tokio werden dauernd Gerüchte über die Zusammenziehung russischer Truppen an der mandchurischen Grenze gemeldet. Den Pressevertretern wurde mitgeteilt, daß die japanische Regierung die Entwicklung einstweilen mit Ruhe be-

AUS DEM INHALT:

Planwirtschaft in der Sowjet-Union?
Unabhängigkeitsbewegung in Natal.
Stufenweise oder einmalige Abrüstung?
Aus der Spruchpraxis des Reichsgerichts.
Lohnsenkungs-Kommissar Stegerwald.
Der Brüxer Streik.
Aus dem Reich der Faschisten.
„Stahlhelm“-Rebellion in Niedersachsen.

trachte, jedoch bereit sei, in den Streit zwischen Rußland und der mandchurischen Republik einzugreifen.

Alle diese Nachrichten zeigen, daß Japan mit seiner bisherigen Rolle in der Mandschurei noch nicht zufrieden ist, daß es zum mindesten einen Anlaß sucht, den russischen Einfluß in der Mandschurei auf alle Fälle zu brechen, wenn nicht gar schon jetzt einen schwereren Konflikt vorzubereiten.

Die Zusammenziehung russischer Truppen an der mandchurischen Grenze weist nach unserer Ansicht keineswegs darauf hin, daß Rußland eine militärische Einmischung in die Auseinandersetzung zwischen China und Japan über die Mandschurei vorhat.

Die ganze inner- und außenpolitische Lage Sowjet-Rußlands spricht gegen einen solchen Plan. Andererseits ist es wohl zu verstehen, daß die russische Regierung angesichts eines so brutalen und unter dem Schutz der übrigen kapitalistischen Großmächte stehenden Gegners wie Japan es nicht darauf ankommen lassen kann, seine eigene Grenze ungesichert zu lassen.

In diesen Tagen wird die Völkerbundscommission in Mukden erwartet. Noch einmal hat sie Gelegenheit, ihre Augen aufzumachen und die Welt und den Völkerbund zu alarmieren, falls hier von Japan aus zu einem Kriege gehetzt wird, dessen Folgen unabsehbar sind.

Faschistische Arbeitervertreter.

Einheitsfront: Kapitalisten — Regierungen — Faschisten.

g Genf, 18. April.

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz stießen am Montag die Vertreter der Arbeitnehmer scharf mit der Arbeitgebergruppe und den Regierungsvertretern zusammen.

Alljährlich war von den Vertretern der Arbeitnehmer Protest erhoben worden gegen die Zulässigkeit des italienischen faschistischen Arbeitervertreters. Um diesen Protesten ein Ende zu machen, haben die Regierungs- und Arbeitgebervertreter im Geschäftsordnungsausschuß einen Antrag durchgebracht, wonach in Zukunft Einwände gegen die Zulässig-

keit eines Arbeitervertreters auf der Tagung nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Präsidiums vor die Vollkonferenz gebracht werden dürfen. Gegen diese Entschliebung haben die Arbeitnehmervertreter scharfen Protest beschlossen und die Behandlung der Frage vor der Vollkonferenz verlangt.

Hoffentlich werden die Arbeitervertreter dann, wenn der Faschist sitzen bleiben soll, den Saal verlassen — damit Arbeitgeber, Regierungen und Faschisten zusammenbleiben können — ein Kleeblatt, das sowieso zusammengehört.

der Kreiskasse, des Kreiskrankenhauses, des Finanzamtes u. s. w. nicht unterbleiben kann.

Praktiker urteilen.

In den Beratungsunterlagen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz 1928 finden wir ein Urteil des preußischen Ministerial-Direktors BRECHT über die „gemeinsame“ Arbeit der deutschen Länderbürokratien, wie es nicht vernichtender sein könnte. Wir nennen hier folgende Punkte:

Gegenseitige Beeinträchtigung der Autorität — Ausspielen der einen Regierung gegen die andere innerhalb der Beamtenschaft — mehrfache Bearbeitung aller allgemeinen und vieler besonderen Fragen — Vermehrung aller Nachteile ministerieller Bürokratie und des Ressortpartikularismus, d. h. des Sonder-Interessentums einzelner Büros — Prestigekämpfe — Geheimhaltung von Zahlen vor einander, oft unabsichtlich, oft

absichtlich — mangelnde gegenseitige Kenntnis der Beamten und Einrichtungen — Zuständigkeitskämpfe — mangelhafte Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen — keine einheitliche Verwertung der gegenseitigen Kenntnisse und Kräfte des Staates.

Zu diesem Urteil von BRECHT tritt die Ansicht eines preußischen Staatsministers, daß

ein Drittel der Arbeitskraft der Reichsministerien und der preußischen Ministerien verschwendet wird in Ressortstreitigkeiten

zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung, d. h. in Streitigkeiten darüber, welche Regierung berechtigt oder verpflichtet ist, die fragliche Angelegenheit zu bearbeiten und zu entscheiden.

Drei Vorschläge zur Reichsreform.

Wie bei der Frage der Wirtschaftskrise, so wimmelt es auch bei der Frage der Reichs- und Verwal-

tungs-Reform von Vorschlägen. Ich nenne hier nur die wichtigsten, und zwar solche, die in erster Linie die Reichsreform betreffen.

1. Der „Bund zur Erneuerung des Reiches“, nach seinem Begründer LUTHER-Bund genannt, fordert:

Preußen solle Reichsland werden.

Die für Preußen erforderlichen Gesetze und Verordnungen würden in diesem Falle von der Reichsregierung und den norddeutschen Mitgliedern des Reichstags, bzw. Reichsrats, angeordnet werden und nicht wie bisher von einer besonderen preußischen Regierung und einem besonderen preußischen Landtag. Zu der Ersparnis des preußischen Apparates käme hinzu, daß die kleinen nord- und mitteldeutschen Länder in einem solchen Reichsland lieber aufgehen würden als in einem Großpreußen. Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen sollen im wesentlichen mit ihren bisherigen Rechten weiterbestehen. — Auch der ehemalige preußische Finanzminister HÖPKER-ASCHOFF steht diesem Vorschlag nahe.

2. Radikaler ist der von dem ehemaligen demokratischen Reichsminister KOCH vertretene Vorschlag,

alle Länder sofort in Reichsland umzuwandeln

und auf diese Weise den sogenannten Einheitsstaat herbeizuführen.

3. Die bayerischen Denkschriften aus den Jahren 1924, 1926 und 1928 verlangen das genaue Gegenteil:

die Wiederherstellung des BISMARCKschen Bundesstaates.

Ja, sie möchten die Reichsverwaltung auf ein noch geringeres Maß zurückschrauben als zur Zeit des kaiserlichen Bundesstaates. Sie verlangen unter anderem: Abbau der Sonderverwaltungen des Reichs (z. B. der Reichsfinanz- und Reichsarbeitsämter), Beschränkung des Gesetzgebungsrechts des Reichstags durch die Vertretung der Länderregierungen, also durch den Reichsrat.

Parteilpolitische Nebenabsichten.

Verbilligung des Staatsapparates, so lautet oft das Schlagwort. Wer näher zusieht, wird in den verschiedenen Vorschlägen noch andere Absichten entdecken. Im „Bund zur Erneuerung des Reiches“ haben Reaktionen die Oberhand; Reichswehrminister a. D. GESSLER ist der jetzige Leiter. „Reichsland Preußen“? — Gewiß; finanziell und verwaltungstechnisch ein bedeutender Fortschritt für drei Viertel des deutschen Verwaltungsapparates. Aber nebenbei ist dem Bunde doch wohl sehr willkommen, daß auf diese Weise der langjährige SP-Einfluß im preußischen Staate verringert wird.

Wiederherstellung der alten Länder-Verwaltungen im Sinne der unentwegten bayerischen Forderungen? Auch dies ist unstrittig billiger als das verärgerte Nebeneinander von Reichs- und Länder-Bürokratien. Der Pferdefuß: „Rückgabe der Zuständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung an die Einzelstaaten auf folgenden Gebieten: a) Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens.“ Freidenker wissen, warum in der Denkschrift von Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei gerade diese Forderung an der Spitze steht!

Sehr aufrichtig sagt uns der „Bund zur Erneuerung des Reiches“, warum ihm am Weiterbestand der süddeutschen Staaten gelegen ist: „... wir glauben, daß dieser konservative Süden Kräfte des Deutschtums birgt, die im Interesse Deutschlands erhalten und geschont werden müssen“ — ein Standpunkt, dem wir den gerade entgegengesetzten gegenüberstellen: Wir erhoffen von einer Umwandlung der Einzelländer in Reichsland Fortschritte für die Ueberwindung dieser „konservativen“ Kräfte. Wie sollten z. B. die heute erforderlichen durchgreifenden Maßnahmen zu Gunsten landwirtschaftlicher Siedlungen verwirklicht werden, wenn wir uns aufhalten lassen müßten durch den Hemmschuh der mecklenburgischen Grenze, gar noch der Grenzen von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz! (Wir sehen auch hier wieder, daß wir eine angemessene Lösung der verschiedenen Einzelfragen nur dann erreichen, wenn wir alle im Rahmen unserer gesamten Politik betrachten und entsprechend miteinander verbinden.)

Unsere Forderung.

Damit stehen wir bei unserem eigenen Urteil.

Die Verwirklichung des Vorschlages KOCH, alle Länder in Reichsland umzuwandeln, würde heute den Austritt Bayerns aus dem Reich zur Diskussion stellen. Die Entscheidung würde von dem Schicksal abhängen, das der Plan eines Donau-Staatenbundes erfährt. Schon der Reichsland-Preußen-Plan erscheint der bayerischen Regierung gefährlich, weil sie — nicht mit Unrecht — eine Einbuße an Einfluß fürchtet, wenn künftig Nord- und Mitteldeutschland geschlossen auftreten. Doch ist dieser Plan das mindeste, was heute geschehen sollte. Er würde, wie gesagt, drei Viertel des deutschen Staatsapparates vereinfachen.

Die reaktionären Absichten des LUTHER-Bundes können uns nicht schrecken. Die kommenden preußischen Wahlen werden sowieso eine Angleichung der preußischen Regierung an die dunkleren Farben der Reichsregierung bringen.

Der Vorteil der Vereinfachung und Kostenersparnis erscheint uns groß und im Interesse der steuerzahlenden Massen gelegen. Freilich werden sich die Wirkungen nicht sofort geltend machen. Um so schneller muß gehandelt werden. Hätte man diese Re-

form vor fünf Jahren in Angriff genommen, so wären wir schon heute im Genuß ihrer Verbesserungen. Vor mehr als hundert Jahren mußte erst ein „Ausländer“, NAPOLEON, kommen, um mit 112 deutschen Kleinstaaten aufzuräumen. Man möchte fast glauben, deutsche Regierungen bringen solche Flurbereinigungen niemals aus eigener Kraft zustande. Und doch handelt es sich hier um eine Sache, bei der sich die Ausrede von der Verflechtung in die Weltwirtschaft nicht anbringen läßt. Auch hier hat also zweifellos gerade die Arbeiterschaft eine wichtige Aufgabe vor sich. Eine nicht zu verkennende Schwierigkeit liegt allerdings in folgendem Umstand, den der ehemalige Reichswehrminister GESSLER am 4. April auf einer Tagung des LUTHER-Bundes so umschrieben hat:

„Eine Schwierigkeit der Reform liege darin, daß vielen Stellen, die jetzt in der Verwaltung arbeiten, zugemutet werden müsse, sich selbst umzubringen.“

Deshalb hat die Führung der Arbeiterschaft hier zu beachten, in Gemeinschaft mit den Beamten, die im allgemeinen durchaus nicht klassenbewußt sind, vorzugehen — ein schwieriges, wenn auch nötiges Unternehmen. Alle solche Arbeiten können letzten Endes nur in Solidarität der Werktätigen gelöst werden — die herrschende Klasse scheint in der Tat völlig zu resignieren, womit freilich solange niemandem gedient ist, wie die beherrschte sich damit begnügt, teils uninteressiert, teils frohlockend diese Schwäche anzusehen, ohne tatkräftig ihr Geschick in die eigene Hand zu nehmen.

Neben dem Reichsland-Preußen-Plan behalten wir das Ziel im Auge, alle deutschen Einzelländer zu beiseitigen.

Von den verschiedenen Plänen für die Einteilung des Reiches in Provinzen geben wir dem den Vorzug, der sich die bereits bestehende Einteilung in Landesarbeitsämter zum Muster nimmt: 1. Ostpreußen (Königsberg), 2. Schlesien (Breslau), 3. Brandenburg (Berlin), 4. Pommern (Stettin), 5. Nordmark (Hamburg), 6. Niedersachsen (Hannover), 7. Westfalen (Dortmund), 8. Rheinland (Köln), 9. Hessen (Frankfurt), 10. Mitteldeutschland (Erfurt), 11. Sachsen (Dresden), 12. Bayern ohne Pfalz (München), 13. Südwestdeutschland (Stuttgart). Diese Einteilung trägt sowohl den wirtschaftlichen als auch den kulturellen Verschiedenheiten der deutschen Gebiete Rechnung und erleichtert daher eine gerechte Gesetzgebung und Verwaltung.

Von großer Bedeutung ist aber auch hier noch die Frage: Welche Aufgaben sollen an derartige Provinzen übertragen und wie stark soll die Reichsaufsicht über die Provinzen gestaltet werden? Soll z. B. für das Schulwesen das Reich allein die Grundsätze aufstellen? Soll es, selbst wenn es das ganze Schulwesen gesetzlich regelt, die Verwaltung den Provinzen überlassen? Zu solchen Fragen sei im Rahmen dieses Artikels nur grundsätzlich bemerkt, daß wir an sie nicht nur mit finanziellen und verwaltungstechnischen Erwägungen herantreten dürfen. Befriedigend werden wir solche Aufgaben nur lösen, wenn wir dazu auch die berechtigten Wünsche der Bevölkerung nach Gerechtigkeit und Freiheit berücksichtigen; wenn wir abwägen zwischen den Interessen lokaler Bevölkerungsgruppen an autonomer Verwaltung ihrer Angelegenheiten (Schiffahrtsinteressen in Hamburg, landwirtschaftliche Interessen in Bayern) und dem Interesse der Gesamtbevölkerung an den Vorteilen der einheitlichen Verwaltung von Reichs wegen.

Protest gegen die Vergewaltigung Chinas. Eindrucksvolle Kundgebungen.

Bl. Auch in Bochum und Witten sprach CHYIN CHEN vom Internationalen Sozialistischen Kampf-Bund vor überfüllten Sälen über die Lage in China. Sie wies auf die starken Strömungen im chinesischen Proletariat hin, sich aus Gründen der Selbsterhaltung am bewaffneten Widerstand Chinas gegen den Raubzug des japanischen Imperialismus zu verbinden.

In der lebhaften Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß es in grundsätzlichen Fragen kein Zusammengehen von Bourgeoisie und Proletariat geben könne. Wenn das chinesische Proletariat sich aus taktischen Gründen mit den nationalen Kreisen und dem Bürgertum gegen Japan zusammenschlüsse, so bedürfe es besonderer Wachsamkeit, daß diese Verbindung rechtzeitig wieder gelöst werde, um die Arbeiter-

schaft nicht dem Nationalismus auszuliefern. Deshalb müßte sich nach der Abwehr des japanischen Gegners die Front des kämpfenden Proletariats klar und scharf abgrenzen gegen die Klassen-Ausbeuter, also zunächst gegen das chinesische Unternehmertum.

Diese schwierige Aufgabe wird nur gelöst werden können, wenn die Führung des chinesischen Proletariats Menschen anvertraut wird, deren politische Grundsätze sie davor bewahren, das Proletariat an den Klassengegner zu verraten. In der Heranbildung solcher Menschen liegt unter anderem die Aufgabe, an der der ISK in China — und nicht nur in China — mithelfen will.

Unabhängigkeitsbewegung in Natal.

s Kapstadt, 18. April.

Die Abtrennungsliga in Natal entfaltet zur Zeit eine außerordentlich rege Tätigkeit. In der ganzen Provinz Natal werden Versammlungen abgehalten, in denen die Abtrennung Natals von der Südafrikanischen Union gefordert wird. Die Liga hat ein Telegramm an den englischen Ministerpräsidenten MACDONALD gerichtet, in dem eine eigene Vertretung Natals, das dem englischen Weltreich treu bleiben wolle, auf der Weltreichskonferenz in Ottawa gefordert wird, da die südafrikanische Regierung die Interessen des Landes nicht wahrnehmen könne.

Hochverräterisches Skirennen.

Im Winter 1930/31 hatten Südtiroler Wintersportler auf den Höhen oberhalb Merans ein privates Skirennen veranstaltet, das die Behörde als anmelde- und genehmigungspflichtig bezeichnete. Die Sportler wurden deswegen bereits mit Geldstrafen in Höhe von insgesamt 9000 Lire bestraft. Nunmehr haben die Behörden gegen 42 Südtiroler Sportler auch noch Anklage wegen hochverräterischer Tätigkeit eingeleitet, die durch die Veranstaltung illegaler Sportfeste und durch die Arbeit gegen die faschistische Jugenderziehung begangen worden sei. Dieser Prozeß wird vor dem Meraner Gericht am Dienstag stattfinden.

Argentinien im Aschenregen.

Neue Vulkanausbrüche.

d Buenos Aires, 18. April.

In der argentinischen Nordprovinz Salta ist der Vulkan Las Piedras, der bei den Ausbrüchen der vergangenen Woche ebenfalls beteiligt war, erneut in Tätigkeit getreten und wirft Steine und Asche aus. Die Aschenwolken haben einen gewaltigen Umfang angenommen und lagern über den argen-

tinischen Provinzen Santa Fe, Corrientes, Entre Rios, der Republik Paraguay und verschiedenen brasilianischen Staaten. Irgendwelche Menschenverluste sind auch in diesem Fall bisher glücklicherweise nicht eingetreten.

Städte unter Wasser.

Aus dem Ueberschwemmungsgebiet des Balkans.

Die Nachrichten aus dem Ueberschwemmungsgebiet der Save lauten täglich ernster. Die „Prawda“ meldet, die Bevölkerung sei von einer Panik ergriffen. Alle Schilderungen aus den heimgesuchten Gegenden würden durch die Wirklichkeit noch in den Schatten gestellt. In der Nacht zum Montag habe die Save die Dämme bei Mitrowitz und Obronovatz gesprengt. Beide Städte seien völlig überschwemmt worden. In Mitrowitz seien noch im Laufe der Nacht fünf Häuser eingestürzt. Das Wasser reiche stellenweise bis an die Dächer der Häuserreihen.

Angst vor dem 1. Mai.

Meinungsfreiheit in Polen.

d Warschau, 18. April.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Kundgebungen am 1. Mai werden von den Sicherheitsbehörden im ganzen Lande zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Vor allen Dingen soll dadurch die kommunistische Werbetätigkeit unterbunden werden. So wurden beispielsweise in Krakau u. a. auch vier Rechtsanwaltsanwälte wegen kommunistischer Tätigkeit verhaftet.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung von Zerpenschleuse haben ohne Ausnahme ihr Amt niedergelegt. Dies ist geschehen zum Protest gegen die Regierung, die die Gemeinde trotz aller Hilferufe ohne Unterstützung gelassen hat. Nach der preußischen Gemeindeverfassung ist damit das Gemeindeparlament rechtskräftig aufgelöst.

Reichsbank.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford	Wechsel-schecks	Noten-umlauf	Giro-virtshen	Gesamt-Geld-umlauf
7. 4. 1931	2344	166	49	155	1551	4378	333	5971
15. 4. 1931	2345	114	—	149	3284	4873	313	5410
7. 3. 1932	880	156	34	218	3261	4179	319	6161
15. 3. 1932	877	142	39	200	3178	4118	345	6063
7. 4. 1932	879	142	4	100	3023	4086	370	6068
15. 4. 1932	860	128	3	99	—	4000	384	5958

Während die Deckungsbestände der Reichsbank in der vorigen Berichtswoche unverändert geblieben sind, zeigt der vorliegende Reichsbankausweis wieder eine Verringerung der Gold- und Devisenbestände von insgesamt 33 Millionen Mark. Dieser Rückgang ist verursacht durch den Zinsen- und Tilgungsdienst für langfristige Anleihen und durch Tilgungen kurzfristiger Kredite. Die Ausleihungen der Reichsbank, die bereits in

der Vorwoche um 330 Millionen Mark zurückgegangen sind, verminderten sich in der Berichtswoche um 152 Millionen Mark: Der Bestand an Reichsschatzwechseln ist um 1 Million Mark zurückgegangen, der Bestand an Lombardforderungen ebenfalls um 1 Million und der Bestand an Wechseln und Schecks um 150 Millionen Mark — Erfreulicherweise hat also die Diskontsenkung bisher keine Kreditausweitung hervorgerufen.

In der gleichen Zeit des Vorjahres war die Entlastung der Reichsbank wesentlich größer: 479 Millionen Mark. Insgesamt war jedoch die Entlastung der Reichsbank in der Aprilhälfte 1931 nicht so groß wie die Inanspruchnahme der Reichsbank zum Vierteljahrsende. In diesem Jahr hingegen ist die Entlastung in der ersten Aprilhälfte schon fast doppelt so groß wie die Inanspruchnahme zum Vierteljahrsende.

Der Notenumlauf hat sich um 86 Millionen Mark verringert. Davon sind rund 14 Millionen Mark auf Girokonten eingezahlt worden.

Der gesamte Geldumlauf ist um 113 Millionen Mark niedriger als in der Vorwoche und um 110 Millionen Mark niedriger als Mitte März. Er ist jedoch noch immer um 543 Millionen Mark höher als im Vorjahr. Bey.

Stufenweise oder einmalige Abrüstung?

Genf, 18. April.
Nach mehrtägiger Unterbrechung trat der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz heute wieder zusammen und nahm sofort die grundsätzlichen Fragen in Angriff, die schon vor den Osterferien in dem Arbeitsplan des Hauptausschusses zusammengestellt worden sind.

Zu dem ersten Punkt dieses Arbeitsplanes, der Frage nach dem Grundsatz für die Herabsetzung der Rüstungen, sprach als erster Redner der deutsche Botschafter NADOLNY.

NADOLNY betonte zunächst, es sei notwendig, über alle bloßen Scheinabrüstungen und unbedeutenden Rüstungsbeschränkungen hinaus, dazu vorzustößen, den Grundsatz der Herabsetzung aller Rüstungen auf ein Mindestmaß ernsthaft als Ziel der Konferenz ins Auge zu fassen. Nur so könne man dem Geist und dem Buchstaben von Artikel 8 des Völkerbündepaktes gerecht werden.

Er führte dann im Anschluß an einen tschechoslowakischen Antrag aus:

Nach Auffassung einzelner Abordnungen kann das Ziel des Artikels 8 nicht auf einmal, sondern nur stufenweise erreicht werden. Die deutsche Abordnung zieht jedoch unter allen Umständen vor, daß sich die Abrüstungskonferenz auf ein einziges Abrüstungsabkommen entsprechend dem in Artikel 8 des Völkerbündepaktes gesetzten Ziele einigt. Wenn man jedoch eine stufenweise Abrüstung vorzieht, so ist es nach deutscher Auffassung notwendig, nicht nur die erste Etappe der Herabsetzung festzulegen, sondern auch die der weiteren Etappen und das endgültige Ziel. In jedem Falle müssen die einzelnen Etappen so kurz wie möglich sein. Vor allem müsse die erste Etappe eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen mit sich bringen. Je größer und entscheidender die Herabsetzung der Rüstungen auf dieser Konferenz ist, umso stärker wird die für die ganze Welt so notwendige finanzielle Erleichterung sein und umso stärker wird vor allem auch die politische Entspannung sein, derer die ganze Welt heute noch mehr bedarf als der finanziellen Erleichterung; denn die politische Entspannung bedeutet die unerläßliche Bedingung für die wirtschaftliche Gesundung der Welt.

Zum Schluß erklärt Botschafter NADOLNY, er wolle noch einmal den grundsätzlichen deutschen Standpunkt zusammenfassend darlegen. Deutschland erachte es für notwendig, die Gedanken einer einfachen Beschränkung der Rüstungen auszuschalten und sieht es als unerläßlich an, mit aller Energie die Rüstungen auf das mindestmögliche Maß herabzusetzen. Sobald diese Herabsetzung beschlossen ist, muß die Durchführung in einer möglichst kurzen Frist durchgeführt werden. Die Methode für die Durchführung dieses Beschlusses wird nach deutscher Auffassung von dem Artikel 8 des Völkerbündepaktes bestimmt, nach dem den besonderen Bedingungen

der einzelnen Staaten Rechnung getragen werden muß. Die Festsetzung der Rüstungsziffern der einzelnen Staaten muß nach möglichst einfacher Methode durchgeführt werden. Nur auf diesem Wege wird die der Abrüstungskonferenz gestellte Aufgabe erfüllt werden können.

Auch die Aussprache des Hauptausschusses beschäftigte sich mit dem tschechoslowakischen Antrag, nach dem die Konferenz sich endgültig auf den Grundsatz der stufenweisen Herabsetzung der Rüstungen festlegen soll. Der Antrag fand bei einer Reihe von Konferenzmitgliedern starke Unterstützung. Nachdrückliche Kritik wurde nur von NADOLNY und LITWINOW geübt.

Auf Vorschlag HENDERSONS wurde sodann zur Behandlung des neuen tschechoslowakischen Vorschlags ein Sonderausschuß eingesetzt, dessen Leitung in die Hände von BENESCH und POLITIS gelegt worden ist. Dem Ausschuß gehören 14 Staaten, darunter die sämtlichen Großmächte, an.

Am Montag abend hat dieser Sonderausschuß einstimmig den folgenden Entschließungsentwurf angenommen: „Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz vertritt die Auffas-

sung, daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie in dem Artikel 8 des Völkerbündepaktes vorgesehen ist, fortschreitend, durch aufeinanderfolgende Revisionen in geeigneten Zwischenräumen durchgeführt wird, nachdem die gegenwärtige Konferenz den ersten entscheidenden Abschnitt einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf das mindest mögliche Maß verwirklicht hat.“

Dieser Entwurf trägt den Forderungen NADOLNYs Rechnung, indem er eine allgemeine Herabsetzung auf das mindest mögliche Maß verlangt und festlegt, daß schon der erste Abschnitt entscheidend sein soll. Der tschechoslowakische Antrag enthielt diese Ausdrücke nicht.

BRÜNING und STIMSON, die beide in Genf eingetroffen sind, nehmen nicht offiziell an der Abrüstungskonferenz teil und waren auch bei NADOLNYs Rede nicht zugegen. Sie haben untereinander Fühlung genommen; ebenfalls fanden bereits Unterredungen zwischen BRÜNING und SIMON sowie BRÜNING und GRANDT statt. Am Donnerstag wird voraussichtlich auch MACDONALD in Genf eintreffen.

Aus der Spruchpraxis des Reichsgerichts. „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hatte am 4. April 1931 für die Rheinprovinz gegen die NSDAP einschließlich der SA ein Uniformverbot angeordnet. Die NSDAP legte dagegen Beschwerde ein, weil sie in dem Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz einen Verstoß gegen Artikel 109 der Reichsverfassung, nachdem alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien, erblickte. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat dieser Beschwerde der NSDAP stattgegeben und erklärt, daß der § 8 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931, auf Grund welcher Verordnung das Verbot des Oberpräsidenten der Rheinprovinz erfolgt sei, nach seinem Wortlaut dahin ausgelegt werden müsse, daß er nur zu einem einheitlichen allgemeinen sich gleichmäßig gegen alle politischen Vereinigungen richtenden Vorgehen ermächtige. Nichts deute in dieser Notverordnung darauf hin, daß eine Handhabung zum Einschreiten gegen eine einzelne politische Vereinigung geschaffte werden solle. Die Verordnung sei vielmehr von dem Geiste getragen, der allgemeinen politischen Befriedung zu dienen und zu diesem Zwecke die Uniform politischer Vereinigungen aus der Öffentlichkeit, insbesondere von der Straße, verschwinden zu lassen. Aus der Verordnung kann zweifellos die Ermächtigung zum Erlaß

eines allgemeinen Uniformverbotes entnommen werden. Die Ermächtigung dürfe sich aber niemals gegen eine einzelne Parteiorganisation oder politische Vereinigung richten. Ein derartiges einseitiges Verbot, wie es hier in der Rheinprovinz geschehen sei, finde in dieser Notverordnung keine rechtliche Grundlage.

Die vorliegende Entscheidung des Reichsgerichts ist überhaupt. Der Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz war noch auf Grund des § 8 der Notverordnung vom 28. März 1931 ergangen. Durch diese Vorschrift war den Landespolizeibehörden die Befugnis eingeräumt worden, für politische Vereinigungen ein Uniformverbot zu erlassen. Inzwischen ist aber durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 ein allgemeines Uniformverbot für das ganze Reich erlassen worden. Durch dieses von Reichswegen erlassene Uniformverbot, durch welches alle politischen Organisationen in gleicher Weise betroffen werden, ist auch der aufgehobene Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz gegenstandslos geworden.

Trotzdem ist die Entscheidung des Reichsgerichts politisch sehr interessant. Das Reichsgericht hatte nämlich in einem früheren Falle, in welchem eine Landespolizeibehörde ein Uniformverbot ausgesprochen hatte, gerade den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. In dem früheren Falle handelte es sich allerdings nicht um die NSDAP. Damals hatte das Reichsgericht das Uniformverbot bestätigt. Es hatte sich nämlich auf den Standpunkt gestellt, daß auf Grund des § 8 der Notverordnung das Verbot sowohl allgemeiner Natur sein könne, als auch nur eine bestimmte Vereinigung zu treffen brauche. Den Einwand der durch das Verbot betroffenen Organisation, daß die Anwendung der Notverordnung gegen eine einzelne politische Organisation eine Verletzung des in Art. 109 der Reichsverfassung ausgesprochenen Grundsatzes der Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz darstelle, hat das Reichsgericht damals mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Reichsverfassung in Artikel 109 nicht eine absolute, sondern nur eine verhältnismäßige Gleichheit gewährleiste. Diesen Standpunkt hat auch der Verfasser der erwähnten Notverordnung, der Ministerialdirektor HÄNTZSCHEL in seinem „Kommentar zu den Verordnungen gegen politische Ausschreitungen“ eingenommen, der sich auch ausdrücklich auf die erwähnte Reichsgerichtsentscheidung beruft (vergl. die Anmerkung in seinem Kommentar zu § 8 der Notverordnung vom 28. März 1931).

Im Falle der NSDAP hat das Reichsgericht diesen seinen Standpunkt aufgegeben. Es beruft sich merkwürdigerweise auf den Wortlaut des § 8 der früheren Verordnung, obwohl diese Vorschrift keineswegs erkennen läßt, daß das Uniformverbot nur als allgemeines Uniformverbot erlassen werden durfte. Es ist dort lediglich davon die Rede, daß für politische Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung verboten werden konnte. Es ist aber nicht gesagt, daß ein Verbot nur dann erlassen werden konnte, wenn es zugleich auf alle politischen Vereinigungen ausgedehnt wurde. Auch den Art. 109 der Reichsverfassung hat das Reichsgericht in seiner letzten Entscheidung irrtümlich ausgelegt. Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz besagt doch nicht, daß alle politischen Organisationen gleichmäßig behandelt werden sollen, sondern besagt nur, daß alle Organisationen, die sich in der gleichen Lage befinden, z. B. alle Organisationen, die den öffentlichen Rechtsfrieden stören, in der gleichen Weise behandelt werden sollen. Das hatte das Reichsgericht in dem früheren Falle auch selbst anerkannt. Ist unter diesen Umständen nicht der Vorwurf begründet, daß das Reichsgericht seinerseits gegen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz verstoßen hat?

Die Tendenz dieser Entscheidung des Reichsgerichts ist klar erkennbar. Der Oberpräsident der Rheinprovinz sollte durch dieses Urteil dazu genötigt werden, das Uniformverbot auch auf die linksstehenden Organisationen auszuweiten. Diese Tendenz hat sich in der Tat auch durchgesetzt. Denn inzwischen hat der Reichspräsident, wie schon bemerkt, ein generelles Uniformverbot für das ganze Reich erlassen, durch welches auch die linksstehenden Organisationen, insbesondere auch das „Reichsbanner“ betroffen werden.

Die Einstellung des Reichsgerichts in der Frage des Uniformverbots ist die gleiche wie die Einstellung maßgebender Regierungskreise zu der Frage des Verbots der SA: Man will bei Gelegenheit dieses Verbots offenbar auch die Schutzformationen des „Reichsbanners“ und der übrigen republikanischen Organisationen verbieten. Man beruft sich hierfür auf den mißverständlichen Grundsatz der Gleichheit. In Wirklichkeit ist die Absicht der Regierung unverkennbar: Man will die Gelegenheit der Auflösung der SA dazu benutzen, um gleichzeitig einen Schlag gegen die linksgerichteten Organisationen zu führen.

Kurt Labischin.

„Stahlhelm“-Rebellion in Niedersachsen. Der Kampf um die Seele des Arbeiters.

Die seit Wochen innerhalb des „Stahlhelms“ gärende Empörung ist zur offenen Rebellion geworden. Es ist die Rebellion der für die NS begeisterten Stahlhelmer. Der frühere Führer des Gau Bremen hat, obwohl er gar nicht mehr Gauführer war, seinem übergeordneten Landesführer mitgeteilt, daß der Gau Bremen sich aus dem Landesverband Niedersachsen löse und sich den Bundesführern direkt unterstelle. Darauf ist HINSCH wegen Verstoßes gegen die Bundesdisziplin aus dem „Stahlhelm“ ausgeschlossen worden. Etwa die Hälfte der Bremer „Stahlhelm“-Leute, man schätzt 1500, steht hinter ihm. Ob die Spaltung weiter um sich greift, muß abgewartet werden; ausgeschlossen ist es nicht; denn das Ergebnis der Wahl vom 10. April läßt es als durchaus wahrscheinlich annehmen, daß ein großer Teil der „Stahlhelm“-Anhänger auch mit HITLER sympathisiert. Wie heute üblich, soll auch in diesem Falle die Spaltung für manchen „Stahlhelm“-Schädel durch die harte „Stahlhelm“-Faust seiner Kameraden recht fühlbar gewesen sein.

Am 13. April zeigte sich die von HINSCH gegründete Organisation unter dem Namen „Kampfbund Niedersachsen“ zum ersten Male der Öffentlichkeit in einer großen Versammlung.

Für diese Versammlung hatte sich der Kaufmann und Korvettenkapitän a. D. HINSCH ausgerechnet das Thema gestellt:

„Fort vom internationalen Proletariat, hin zum deutschen Arbeiterkameraden.“

Das wirkt um so geschmackloser, wenn man über HINSCHS Verhältnis zu seinen Angestellten in der „Bremer Volkszeitung“ folgendes liest:

„Wir haben noch nicht vergessen, daß Herr HINSCH... im vorigen Jahre mehrere Angestellte, die seiner Firma ein Menschenalter gödient hatten, vor dem Weihnachtsfest entlassen hat, um diesen altbewährten Angestellten die Weihnachtsgratifikation nicht auszahlen zu brauchen. Der ‚Arbeiterkamerad‘ HINSCH wurde daraufhin von seinen Angestellten vor dem Arbeitsgericht verklagt und wurde von diesen gezwungen, seinen finanziellen und mehr noch seinen moralischen Verpflichtungen gegenüber seinen Angestellten nachzukommen. HINSCH ist also ein wirklich vorbildlicher ‚Arbeiterführer‘.“

Ungefähr 1800 Menschen harrten mit sichtlicher Spannung auf den Rebellen. Es waren Angehörige der verschiedensten Organisationen der „nationalen Front“, nur hier und da entdeckte man einige Bekannte aus der „Eisernen Front“ und der „Roten Klassenfront“. Die NS gaben mit ihrem Benehmen, ihren Abzeichen und Reden der Versammlung das Gepräge.

Was will HINSCH? Ihm kommt es darauf an, den Marxismus zu stürzen, der heute Geld und Macht habe. Die Macht des Marxismus liege in der Herrschaft über die Masse — also müsse man die Masse erobern und ins nationale Lager führen, und das bedeute: man müsse den Arbeiter für die nationale Front gewinnen. Der Arbeiter stehe heute noch beim Marxismus, weil ihn das Bürgertum schlecht behandelt und der Marxismus ihm seine Seele zerstört habe. Die Lehre des Marxismus, daß es nur einos gäbe in der Welt, worauf man zu achten hätte, nämlich das ökonomische Interesse, ver-

kenne, daß die Seele des Arbeiters auch etwas Höheres brauche. Diese Lehre führe ihn zum Klassenkampf, zur Vernichtung aller, die nicht die ökonomischen Interessen haben, die er habe. Daß der deutsche Arbeiter so sei, sei also die Schuld des Marxismus.

„Und hier, deutscher Mensch, ist deine Aufgabe! Ringt um die Seele des deutschen Arbeiters, horcht in den deutschen Arbeiter hinein!“

Der Bürgerstand habe sich bisher an dem Arbeiter verständigigt. Er müsse heute um Deutschlands willen den Arbeiter retten. Aber nicht so, wie es der Kathedersozialismus wollte, der danach strebte, den Arbeiter durch ständige Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage allmählich zum Bürger werden zu lassen. Der Arbeiter brauche nicht Bürger zu werden; er solle bei seinem Stand bleiben; er würde ja doch nur Spießbürger werden. Nein! Die Aufgabe des Bürgerstandes sei, dem Arbeiter das Höhere, nämlich die Seele wiederzugeben. Der Arbeiter müsse wieder mit der Natur in Verbindung kommen; er müsse wieder durch deutsche Wälder und Felder schreiten; in ihm müsse, wenn er eine Handvoll Erde irgend wo in Deutschland aufnehme, das Gefühl wieder wach werden, daß dies ganz andere Erde sei als belgische oder französische.

„Du, deutsche Frau, gehe hinein in das Land, gehe hin zum Arbeiter und erobere ihn für die nationale Front, für das Dritte Reich!“

Diese Ideen seien es, um deren Anerkennung HINSCH im „Stahlhelm“ gekämpft habe, um doretwillen er jetzt außerhalb des „Stahlhelm“ kämpfe. „Wir brauchen Führer, wahre Führer!“ Die nationale Front müsse wahre Führer herauskristallisieren. „Was unterscheidet denn den Führer vom Bonzen? Jener lebt für die Idee, dieser von der Idee. Jener will führen und regieren, dieser will herrschen.“

Diese Charakterisierung wurde zum spannendsten Moment in HINSCHS Rede. Jeder spürte hier wird aus der Schule geplaudert. Von Minute zu Minute wuchs die Spannung. Zwischenrufe „AUGENER“, „CAPELLE“ (bundestreue Gau- und Landesführer des „Stahlhelms“, a. D.) ertönten. Fast schlen es, als ob der „Stahlhelm“ durch die Versammlung schärfer unter das Seziermesser geriet, als HINSCH es wollte. „Ich spreche vom Marxismus“, rief er den Zwischenrufern zu, und im selben Augenblick wich die Spannung. Ein allseitiges Lächeln quittierte die wohl ironisch gemeinte Bemerkung.

Selbstverständlich erteilte HINSCH großen Beifall, vor allem von den NS, für deren Führer und Drittes Reich er sehr deutlich eingetreten war und die natürlich mit dem Zuzug HINSCHS und seiner Getreuen rechnen. Aber befriedigt hatte er längst nicht: „Er hat etwas enttäuscht“, er sagte nichts Neues“, „ein Wort fehlte: hinein in die SA“ — das konnte man beim Hinausgehen hören.

Ich habe bedauert, daß nur wenige Arbeiter dort waren. Denn von HINSCH konnten sie nicht nur deutlich hören, wie man ihnen das Fell über die Ohren ziehen will, sondern auch fühlen, wie gering das Verständnis solcher Leute für die wirklichen Sorgen und Interessen der Arbeiter ist.

Alexander Dehm.

Aus dem Reiche der Faschisten.

Das Amt ist ihm lästig.

HITLER sucht effektvollen Abgang.

p Braunschweig, 18. April.

Wie Minister KLAGGES der Telegraphen-Union auf Anfrage mitteilt, ist der Antrag HITLERS auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selber beim braunschweigischen Staatsministerium eingegangen. Eine Entscheidung darüber, ob dem Antrag stattzugeben sei, könne zur Zeit noch nicht erfolgen, weil der Vorsitzende des Staatsministeriums, KÖCHENTHAL, sich in Urlaub befindet. Aus demselben Grunde könne auch dem Wunsche HITLERS auf vorläufige Enthebung von seinen Amtsgeschäften noch nicht entsprochen werden.

„Enthebung von seinen Amtsgeschäften noch nicht.“ Das könnte so klingen, als ob HITLER jemals in seinem Amt Dienst getan hätte. HITLER hat offensichtlich den Wunsch, auf billige Art von seinem Amt loszukommen.

Auf unsere telephonische Anfrage nach der Richtigkeit der Behauptung, HITLER habe seinen Dienst nie angetreten, teilt uns die „Braunschweigische Vertretung beim Reich“ mit, daß sie hierüber keine Auskunft geben könne. Auch diese Antwort ist nicht ganz uninteressant.

Strassers Wahlüge — wird toleriert.

h Berlin, 18. April.

Amtlich wird nochmals mitgeteilt: GREGOR STRASSERS Behauptung, eine weitere Kürzung der Beamtgehälter sei von der Reichsregierung bereits zum 1. Mai beschlossen, eine entsprechende Verordnung läge, zum Unterschreiben fertig, im Schreibtisch des Reichsfinanzministers — diese Behauptung sei von Anfang bis zu Ende falsch.

Mehrmals schon hat die Regierung diese Behauptung STRASSERS bestritten — er wiederholt sie immer wieder in seinen Versammlungen. Weshalb geht man nicht mit schärferen Mitteln gegen ihn vor?

Was ist mit Schleicher?

Wenig aufschlußreiches Dementi.

h Berlin, 18. April.

Die „Welt am Montag“ hatte die Frage gestellt, ob zwischen SCHLEICHER und RÖHM Anfang April eine Unterredung über das bei den preußischen Haussuchungen in den Büros der SA gefundene Material stattgefunden habe. Das Reichswehrministerium erklärt hierzu, General v. SCHLEICHER habe alle Anfragen nach diesem Material, von welcher Seite immer sie gekommen seien, an den Oberreichsanwalt weitergeleitet. Unter den Anfragenden habe sich auch Herr RÖHM befunden, dessen Anfrage somit ebenfalls an den Oberreichsanwalt verwiesen worden sei.

Hat nun eine Unterredung SCHLEICHER—RÖHM stattgefunden oder nicht? Die Weiterleitung der Anfrage schließt ja eine Unterredung mit dem Anfrager nicht aus!

Ein Hohkopf genügt.

Prinz AUGUST WILHELM hat in mehreren Versammlungen auf den Einwand, die NSDAP hätte keine Köpfe, eine verblüffende Antwort gegeben: sie hätten neben HITLER auch keine Köpfe nötig.

Schonendes Urteil gegen rechtsstehende Verleumder.

Aufsichtsratsgehälter führender Sozialdemokraten.

Das Schnellschöffengericht Berlin-Mitte verhandelte am Montag gegen einen rechtsstehenden Redakteur wegen Beleidigung führender Sozialdemokraten.

MAX FISCHER, der Herausgeber der im Verlage der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erscheinenden Wochenschrift „Vorstoß“, ließ in dieser Zeitschrift einen ungenannten Mitarbeiter vorstoßen mit Behauptungen über die Tausende, die die Sozialdemokraten WISSELL, HERTZ, NOSKE, STÜCKLEN neben ihren sonstigen Einkünften jährlich aus Aufsichtsratsposten bezögen. Im „Anschluß an diese Behauptungen war in dem Artikel die Rede von „Bonzen“ und „Parasiten.“

Gegen diese Veröffentlichung erhob der Staatsanwalt Anklage auf Grund der Notverordnung. Die beschuldigten Sozialdemokraten waren Nebenkläger.

In der Verhandlung sagte der angeklagte Herausgeber: er habe die fraglichen Mitteilungen von einem sonst zuverlässigen Mitarbeiter bekommen, habe dann, als die Behauptungen zurückgewiesen worden seien, seinen Mitarbeiter um Beweise für die Behauptungen gebeten. Diese Beweise seien ausgeblieben. Die Nebenkläger ließen sich unter Eid über die Höhe ihrer Bezüge aus Aufsichtsratsposten vernehmen; WISSELL erhält als Aufsichtsratsmitglied der Preußag 250 Mark jährlich (die Behauptung lautete auf 25 000); HERTZ erhält als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Industriewerke (Spandau), der Deutschen Werke (Kiel) und der Vlag zusammen 9512 Mark (die Behauptung lautete auf 36 000); NOSKE erklärte, als Aufsichtsratsmitglied der Luftverkehrs A. G. kein Gehalt zu beziehen (die Behauptung lautete auf 32 000 Mark).

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen formaler Beleidigung auf Grund von § 185 zu 500 Mark Geldstrafe. Die Beleidigung liege in den Ausdrücken „Parasiten“ u. s. w. Eine üble Nachrede habe das Gericht nicht festgestellt.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, wird der Staatsanwalt gegen dieses unerhört schonende Urteil Berufung einlegen.

Der Staatsanwalt hatte auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, die bei übler Nachrede eine Mindeststrafe von drei Monaten vorsieht, wegen öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede vier Monate Gefängnis und 1000 M Geldstrafe beantragt.

Der politische Terror.

Unter diesem Titel veranstaltet die Deutsche Liga für Menschenrechte eine Ausstellung, in der der politische Terror in den jüngsten zehn Jahren in Wort und Bild dargestellt wird, beginnend mit der Ermordung ROSA LUXEMBURG, KARL LIEBKNECHTS, ERZBERGERS, RATHENAU, endigend in der

Briefkasten.

Braunschweiger. Sie fragen uns, ob man keine Handhabe hätte, gegen den verantwortlichen Minister in Braunschweig vorzugehen, der mehrere Male Zeitungen verboten hätte, und zwar offenbar ungesetzlicher Weise; denn das Reichsgericht hätte das Verbot aufgehoben.

Antwort: Eine Möglichkeit, gegen den Mißbrauch der Amtsgewalt durch den braunschweigischen Innenminister einzuschreiten, hat nach der Reichsverfassung nur die Reichsregierung, insbesondere der Reichsinnenminister. Dieser kann im Wege der Reichsaufsicht dagegen einschreiten. Das geschieht, dann besteht nach Lage der Sache keine Aussicht. Außerdem hat der durch das Zeitungsverbot betroffene Verlag ein Recht auf Schadenersatz gegen den braunschweigischen Landesfiskus wegen der ungesetzlichen, vom Reichsgericht aufgehobenen Zeitungsverbote. Soviel ich weiß, schweben aus diesem Grunde auch eine Reihe von Schadenersatzprozessen wegen des Verbots des sozialdemokratischen „Volksfreund“ in Braunschweig. Der Schadenersatzanspruch stützt sich auf Art. 131 der Reichsverfassung. Dieser bestimmt, daß, wenn ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem Drittel gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt, die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat trifft, in dessen Dienst der Beamte steht. Der braunschweigische Staat ist also dafür verantwortlich, wenn sein Minister wiederholt ungesetzliche Zeitungsverbote erläßt.

Gegenwart. Die Ueberfälle, Schaufensterstürme, Versammlungsprengungen, anonyme Drohbriefe an politische Persönlichkeiten, die Waffen, die bei der Diskussion mit politischen Gegnern benutzt werden, und ähnliche Dokumente der heutigen politischen Auseinandersetzungen werden gezeigt.

Die Ausstellung befindet sich im Pschorrhaus, Potsdamer Platz, III, Stock, und ist vom 20. bis 24. April täglich von 11 bis 22 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt für Mitglieder linkergerichteter Organisationen bei Vorzeigung des Mitgliedsausweises 20 Pf., im übrigen 40 Pf.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 19. April.

Königswusterhausen: 19.20 Redakteur MIKS und FRITZ TARNOW: Wiederkehr oder Ende des Kapitalismus?

22.15 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Langenberg:

18.15 Aus „Reise eines Naturforschers um die Welt“, von CHARLES DARWIN.

Mittwoch, den 20. April.

Berlin:

22.30 „Irland — Englands große Sorge.“ Zeitbericht von ACTUALIS.

Königswusterhausen:

17.30 Prof. ZOERNER: Welche Siedlerstellen sind heute rentabel?

Langenberg:

9.45 MARIE JUCHACZ: Frauenarbeit im Preußischen Landtag.

Donnerstag, den 21. April.

Breslau:

22.45 JOS. TREUTLER: Aus dem Aufgabengebiet der Arbeiter-Esperantisten.

Langenberg:

19.15 Aus den „Chemischen Briefen“ von JUSTUS VON LIEBIG.

Königswusterhausen und Wien:

20.15 Europäisches Konzert aus Kopenhagen.

Moskau (Wollenlänge 1804 m und 1481 m):

20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Als Ergänzung unserer Artikel-Serie über

Sowjet-Rußland

empfehlen wir die Lektüre folgender im „ISK“ veröffentlichten Aufsätze:

HELLMUT RAUSCHENPLAT:

Das Wirtschaftsprogramm des ISK und Sowjet-Rußland.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Die Todesgefahr des Sozialismus in Rußland.

Einige Lehren der russischen Revolution.

Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.

Wohin treibt Sowjet-Rußland?

Einzelheft 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pfennig ausschließlich Porto.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Getrocknete Bananen

sind nahrhaft und billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden

Postpakchen 4 Pfd. brutto nur 8 Mark frei Haus nach allen Orten.

Vorauszahlung auf Postcheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel • Kostüme

III Tadellöser Site III

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.

Stoffmuster vorrätig.

WAHN-EUROPA 1934

Schöne Ganzleinenband. Preis M. 4,80 (oder 8 Wochenraten zu M. 0,60) 1, 80

A. H. Timmermann / Hamburg 24

Barcastraße 8. Postcheck: Hamburg 85167

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des

„Funke“!

Unterstützt

Europa

Zeitung!

Wacht! Moment!

Schneid! Anzeigen!

Schwarz! bei Einträgen

unserer Anzeigen!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 26, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer FI Nochtplatz 5471

Ahasvers

Wanderung und Wandlung

Ein Märchenroman von Heinrich Nelson.

837 Seiten. M. 1,—.

Wer in ein paar Stunden durch die Weltgeschichte wandern will, der greife zu diesem Buch, von dem die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ vom 15. November 1924 sagt:

„In dem vorliegenden Buche wird die alte Legende vom ewigen Juden neu umgestaltet. Mit einem enormen Wissen, ohne irgend welchen Gelehrtenübel, schildert der Verfasser verschiedene Momente, in denen seine Phantasie Ahasver eine Rolle spielen läßt. Mehr als literarische Bedeutung hat daher dieses Werk mit seinen scharfsinnigen, originellen historischen Auffassungen, meines Erachtens wissenschaftlichen Wert.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Der Lohnsenkungskommissar Stegerwald.

Bitte, Herr Reichspräsident, eine neue Notverordnung!

Am 16. April schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“ folgendes:

„Bis zur Notverordnung vom 8. Dezember 1931 konnte trotz stärksten Widerstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Senkung der Tarifstundenlöhne infolge der Wirtschaftskrise um durchschnittlich 10,9 Prozent nicht verhindert werden. Die Notverordnung brachte eine weitere Kürzung um 10,2 Prozent. Die mit diesen beiden Lohnabbauwellen verbundene Herabsetzung der Stück- und Zeittaktlöhne geht in der Metallindustrie durchschnittlich noch über das Maß des Abbaus der tariflichen Zeit- und Leistungslöhne hinaus. Es ist nicht übertrieben, sondern bleibt noch hinter der Wirklichkeit zurück, wenn man das Gesamtmaß des Lohnabbaus auf mindestens ein Viertel des Stundenlohnes seit dem Beginn der Wirtschaftskrise festsetzt.“

Der Lohnabbau sollte nach Unternehmer- und Regierungsauffassung das Mittel sein, mit dem die Umkehr des in die Tiefe rollenden Wirtschaftswagens zu einer wieder aufsteigenden Linie beginnt. Diese hochgespannte Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Wird man jetzt bei der Erneuerung der Tarifverträge Ende April die notwendige Erkenntnis aus diesen bitteren Lehren ziehen oder nicht? Der Reichsarbeitsminister STEGERWALD hat das Törichte des beschrittenen Weges eingesehen. In einem Berliner Blatt gibt er bekannt:

„Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die Vierte Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert.“

Wir erwarten, daß der Arbeitsminister zu diesen seinen Worten steht, zumal sich auch der Reichskanzler in einem Brief an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei im Dezember vorigen Jahres zu der gleichen Auffassung bekannt hat.

Bei der schematisch angeordneten Lohnsenkung setzte die Regierung voraus, daß die reale Kaufkraft des Arbeitslohnes durch eine gleichzeitige und allgemeine Herabsetzung aller Warenpreise erhalten bleiben würde. Zur Erreichung dieses Zieles bestellte sie den Leipziger Oberbürgermeister GOERDELER zum Preiskommissar, der vor einigen Wochen seine Aufgabe als beendet erklärte. Seine „Erfolge“ sind nicht überwältigend. Soweit ein Preisrückgang eingetreten ist, wäre dies wohl auch auf Grund der Krisenwirkungen geschehen. Die „gebundenen“ Preise der Monopolindustrien blieben unangetastet.

Die wiederholt angedrohte Schließung der Kartelle ist nirgends auch nur versucht worden. Selbst die notwendige stärkere Kontrolle der Monopolindustrien durch die Staatsorgane ist nicht erfolgt.

Der Lebenshaltungsindex ging vom Dezember 1931 bis Ende März 1932 um 6,3 Prozent zurück. Durch ihre Landwirtschaftspolitik hat die Regierung selbst Schranken gegen ein weiteres Herabgleiten der Lebenshaltungskosten aufgerichtet. Der Lohnabbau ist unbestreitbar erheblich stärker als die Warenpreissenkung. Dabei ist der Lebenshaltungsindex kein einwandfreier Maßstab für die Ermittlung des Verhältnisses zwischen Arbeitslohn und Warenpreis in verschiedenen Zeiten. Krisen- und Bürgersteuer, verschärfte Erfassung der kleinsten Nebenverdienste durch die Einkommensteuer und vieles andere mehr wird durch den Index nicht erfaßt.

Die Forderung nach weiterem Lohnabbau beim Ablauf der Verträge am 30. April wird auch jetzt aufs neue von den Unternehmern vielfach und stark erhoben. Allen voran die Metallindustriellen, die neben einem weiteren Lohnabbau jetzt auch die für die Arbeiter günstigsten Bestimmungen der Mantelverträge beseitigen wollen. Während der Gesamtverband der Metallindustriellen seine Unterverbände dem Sinne nach anweist:

„Mit dem Ablauf der Lohnabkommen unter allen Umständen einen weiteren Lohnabbau vorzunehmen“,

wollen die sächsischen Metallindustriellen und andere so ziemlich alle sozialen Bestimmungen der Mantelverträge gestrichen wissen. So, meine Herren Metallindustriellen, geht das nicht! Mit dem Lohnabbau und der Beschneidung des sozialen Inhalts der Mantelverträge muß jetzt Schluß gemacht werden.

Vom Arbeitsminister erwarten wir die Einlösung seines Versprechens gegen weitere Lohnsenkungen. In diesen Schutz der Arbeitskraft vor weiterer Verelendung müssen auch die Arbeiter der baugewerblichen Berufe einbezogen werden. Das Ganze Halt! muß die Losung sein. Wenn die Unternehmer nicht freiwillig zur Anerkennung dieser Lohnpolitik veranlaßt werden können, dann muß durch eine Notverordnung der gesamte Tarifstand über den kritischen Ablaufstermin am 30. April hinaus erheblich verlängert werden.

Auch den Herrn Reichskanzler erinnern wir an das Versprechen, daß eine „andere Lage“ gegeben sein würde, wenn die von der Regierung eingeleitete Warenpreissenkung nicht den gleichen Umfang annehme wie die Kürzung der Löhne.

Das ist nicht eingetreten. Zwangsläufig ergibt sich daher für die Regierung die Pflicht, den Lohnabbau nun jetzt endgültig und durchgreifend abzustoppen und eine Periode der Arbeitsbeschaffung und des Wiederaufbaues einzuleiten.“

Auf dem Krisenkongreß des ADGB sagte der Kollege EGGERT im Schlußwort: Wenn wir sagen: „Das Maß ist voll“, dann müssen wir verlangen, daß die Reichsregierung glaubt, daß das Maß wirklich voll ist. Wir meinen, eine solche Gutgläubigkeit darf der Gewerkschaftsführer EGGERT von STEGERWALD doch nicht erwarten, der in seiner Politik stets den Weg des geringsten Widerstandes gehen wird und nicht nach dem, was gerecht ist. Das gilt auch für die Bettlei der „Metallarbeiter-Zeitung“. Wenn die Gewerkschaften nicht den Widerstand der Kollegen organisieren, sie nicht dazu aufrufen, sondern in arger Verblendung sogar vielfach die Stimmen, die sich für die Organisation des Widerstandes in den Gewerkschaftsversammlungen erheben, zu untrüben suchen, dann kann STEGERWALD auch keinen Widerstand merken. Fritz Groh.

Der Streik in Brügge geht weiter.

g Brügge, 18. April.

Wie zu erwarten war, sprach sich am Sonntag die Brügger Streikleitung gegen den Prager Einigungsvorschlag aus. Es wurde beschlossen, die Einstellung des Streiks nicht anzuerkennen und durch verstärkte Streikwachen das Einfahren der Mannschaften mit allen Mitteln zu verhindern. Die Gendarmerie hat infolgedessen in Brügge für Montag verstärkte Bereitschaft angeordnet. In der Streikleitung wurde jedoch erklärt, daß, falls wider Erwarten die Arbeiter am Montag die Arbeit doch wieder aufnehmen sollten, die Streikleitung den Streik abbrechen würde. Zur Beschlusfassung über die Ereignisse des Montags wurde für Dienstag eine neue Konferenz einberufen.

k Brügge, 19. April.

Die von den sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Bergarbeiterverbänden „Union“, „Svaz“ und „Narodni Sdruzeni“ ausgegangene Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit ist nur im Teplitzer Revier auf fast allen Schächten befolgt worden. Dort arbeiten 31 von 32 Schächten.

Im Brügger Revier ist nur auf dem „Patria“-Schacht und dem „Karolina“-Schacht die Arbeit voll aufgenommen worden, auf neun kleineren Gruben zum Teil. Die großen Schächte stehen still.

Im Komotauer Revier arbeiten nur zwei kleinere Schächte vollständig, auf den übrigen wird gestreikt. Die Parole der unter kommunistischem Einfluß stehenden Zentralstreikleitung auf Fortsetzung des Streiks wurde also im Brügger und Komotauer Revier weitgehend befolgt.

Sonderschlichter für den Konflikt im Baugewerbe.

h Berlin, 18. April.

Der Reichsarbeitsminister hat für die Lohnstreitigkeiten im Baugewerbe besondere Schlichter bestellt, und zwar Dr. KIMMICH, Schlichter für Südwestdeutschland, Oberregierungs- und Gewerberat Dr. KRAMER, stellvertretender Schlichter für Schlesien, und Amtsgerichtsrat LICHTENSTEIN, stellvertretender Schlichter für den Bezirk Niedersachsen.

Die Forderungen der Unternehmer sind gegenwärtig im Baugewerbe besonders schlimm; im Ruhrgebiet z. B. fordern sie bis zu 30 Prozent Lohnabbau.

Nach Abbruch des Setzerstreiks.

Zeitungsverbot in Budapest aufgehoben.

j Budapest, 18. April.

Das Verbot gegen die sozialdemokratische Zeitung „Nepszava“, das vor fast vierzehn Tagen Anlaß zu dem Setzerstreik gegeben hat, ist nun, nachdem der Streik längst abgebrochen ist, aufgehoben worden.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: (Bezirk Neukölln): Donnerstag, 21. April, um 20 Uhr, Restaurant Boß, Allerstraße 40 (Ecke Weisestr.). Thema: Neuer Lohnabbau — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bremen: Mittwoch, den 20. April, um 20.15 Uhr, im Verhandlungsraum der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: Sozialistische Marktwirtschaft! — Der Ausweg aus den Wirtschaftskrisen.

Frankfurt a. M.: Mittwoch, den 20. April 1932, 20.15 Uhr, Volksbildungsheim: Redner: Karl Hinkel. Thema: Von der Präsidenten- zur Landtags-Wahl.

HAMBURG:

Barmbeck: Freitag, den 22. April, 20.15 Uhr, im Volksheim, Marschnerstr. 36.

Eimsbüttel: Sonnabend, den 23. April, 20.15 Uhr, im Volksheim, Eichenstraße 61.

Rothenburgsort: Mittwoch, den 20. April, 20.15 Uhr, im Volksheim, Billhorner Mühlenweg 41. Thema: Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch aktive Wirtschaftspolitik.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Magdeburg: Mittwoch, den 20. April, 20 Uhr, bei Bleck (früher Luchtfeld), Knochenhauerufer 27-28. Thema: Arbeiterschaft und Wahlen. Redner: MARIA HODANN (Berlin). Freie Aussprache! Eintritt: 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

PORGY.

Ein Neger - Roman
von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knaur,
Nachfolger, Verlag, Berlin.)



(1. Fortsetzung.)

Beim Schein der blakenden Petroleumlampe, im Kreis orogter Gesichter, war er nicht mehr der Bettler im Staub. Sein träges Blut rann lebhaft durch die Adern. Er fühlte sich den großen, starken Burschen gewachsen, die tagsüber die schweren Baumwollbälle auf die Schulter nahmen oder in der Fabrik für Düngemittel arbeiteten, nach denen sie unerträglich stanken. Er wußte auch, daß sie, wenn auch nur ungern, sogar einen gewissen Respekt vor ihm hatten, weil er es verstand, durch schmeicheleiche Rede die kleinen Elfenbeinwürfel zu beeinflussen, sie unter seinen Willen zu zwingen. Das laute „Los, mein Püppchen!“ und das herausgebrüllte „Vorwärts — eine Sieben!“ seiner Spielgenossen brachte ihnen höchst selten etwas ein, wenn er im stolzen Bewußtsein seiner Kraft leise die Worte der Gegenformel vor sich hinsprach. In diesen Stunden verlor er den weltabgewandten Blick, als wolle er in einer fernen Zukunft, während die Würfel rollten, lebte er ganz und voll glühenden Eifers in der Gegenwart...

An einem Samstagabend gegen Ende April — man verspürte schon recht das Nahen des Sommers in der Luft — saß Porgy in einem Kreis von Spielern, der sich vor seiner Tür in der Halbfischgasse versammelt hatte, und beschwor, leise murmelnd, die Götter seines Glücks. Schon den ganzen Tag über hatte ihn eine grundlose Unruhe gequält. Vielleicht kam sie daher, daß von der Meeresbucht her nicht das leichteste Lüftchen geweht hatte. Von seinem Platz vor der Apotheke aus hatte er gesehen, daß der Himmel, undurchsichtig und blaugrau, schwer über der Stadt lastete. Gegen Abend war dann im Westen ein Gewitter aufgestiegen, es

hatte ein paar Mal unheilrohend gedonnert; doch das Wetter war vorübergezogen, und die drückende, feuchte Hitze war geblieben. Die Neger waren nervös und reizbar nach Hause gekommen, und nicht, wie sonst an Sonntagabenden, erklangen Gesang und lustiges Geplauder. Die meisten Zimmer lagen in tiefem Dunkel, — der Hof war verlassen.

Es waren nur wenige Spieler da, und man hatte darum auch erst spät mit dem Spiel begonnen. Porgy gegenüber saß mit untergeschlagenen Beinen ein Neger namens Crown, der verstimmt und in verbissenem Schweigen die Würfel warf. Er war Lastträger, hatte den Körper eines Athleten und einen sehr schlechten Ruf. Der Ballenhaken, der an einem Riemen von seinem Gürtel herabhing, funkelte im Schein der Lampe, wenn er sich zum Würfeln vorbeugte und ließ Lichtreflexe auf den Steinfliesen tanzen. Crown war mit Robbins, der ihm zunächst saß, trinken gewesen, und ihr Atem roch nach üblem Fusel. Robbins war, wie immer, wenn er unter Alkohol stand, schwatzhaft und erzählte unaufhörlich von seiner Frau und seinen Kindern, auf die er unbändig stolz war. Bis auf seine Trink- und Spielezesse in der Samstagnacht war er nämlich ein guter Familienvater und ungemein häuslich.

„Mein Weib könnte beinahe eine Weiße sein!“ prahlte er. „Ihre Familie gehörte früher den reichen Rutledges... Ihr habt doch gesehen, daß Fräulein Rutledge selbst sie besuchen kam, als sie krank war!... Na, — und meine Kinder?!... Sind die vielleicht nicht so gut erzogen wie weiße?!...“

„Laß dein Geschwätz, — kümmer dich lieber um die Würfel!“ unterbrach ihn ein junger Neger. „Was hat unser Würfel mit deiner Frau zu tun?“

„Beides kostet ihn viel Geld!“ rief ein anderer. „Drum kommt er ja zu nichts!“

„Halt jetzt dein ungewaschenes Maul und wirf endlich!“ knurrte Crown.

Robbins, aus dem Konzept gebracht, warf hastig die Würfel. Sie waren kaum zur Ruhe gekommen, da scharrte sie Crown auch schon gierig mit seiner großen Hand zusammen, sprach einen beschwörenden Fluch über sie und warf sie so heftig, daß sie aus dem schwachen Lichtkreis der Lampe herausrollten. Natürlich hatte er schon mit dem ersten Wurf verloren.

Jetzt nahm Porgy sie mit fast zärtlicher Bewegung auf, hielt sie einen Moment in der muskulösen Hand, deren schlanke Finger er wie einen Becher formte, und sprach in leise singendem Ton:

„Ach, — ihr lieben Sterne, schenkt mir etwas Licht!“

Er warf und gewann.

„Schenkt mir Sonne und Mond!“ fuhr er eindringlich fort, — und wieder taten die Würfel nach seinem Geheiß...

„Porgy behext ja die Würfel!“ brummte Crown. Er leerte seine Flasche auf einen Zug und zerschmetterte sie klirrend am Boden, — dann ging das Spiel rasch weiter.

Aus einem fernen Zimmer des großen Hauses drang einschleiernd monotoner Gesang herüber. Es klang, als laste auf den Stimmen noch der Druck des Tages. In einem anderen Flügel des Gebäudes zupfte jemand immer den gleichen Akkord auf einer Gitarre. Saite um Saite erzitterte, als ob in der Dunkelheit Blut aus einer alten Wunde tropfte...

Die Spieler hatten alles um sich her vergessen und starrten immer nur auf den gelben Lichtfleck, in den die kleinen, lebendigen Würfel bald hereinschossen, bald gemächlich hereinkullerten, je nach dem Temperament der Hand, die sie warf. Peter, der groise Fuhrmann, saß friedlich rauchend in Porgys Türeingang und sah ihnen mit nachsichtigen Lächeln duldsamen Alters zu. Als Crown, der stark im Verlust war, Robbins anbrüllte: „Du sollst anständig werden, vordammter Nigger!“ — vernahnte er sie milde zu Ruhe.

„Freundschaft, Schnaps und Würfel vertragen sich nicht!“, sagte er bedächtig. „Ihr tütet besser, aufzuhören!“

Dann aber, auf einmal, war es geschehen!

Robbins hatte gewürfelt, sagte seinen Wurf an und strich, bevor Crown's schwerfälliger Verstand die geworfenen Augen zusammengezählt hatte, die aufgehäuften Münzen ein und steckte sie in die Tasche. Laut aufbrüllend sprang Crown aus seiner sitzenden Lage empor, stieß mit furchtbaren Kraft nach vorn, zerschmetterte dabei die Lampe und schleuderte Robbins gegen die Wand. Schnell war der wieder auf den Füßen, und Auge in Auge standen sie einander gegenüber. Das Petroleum rann aus der zerbrochenen Lampe auf den Steinfliesen entlang und entzündete sich in einer rötlichschimmernden Flamme. Crown, die blitzenden Zähne fletschend, hatte sich zu einem zweiten Sprung zusammengeduckt. (Fortsetzung folgt.)

Planwirtschaft in der Sowjet-Union?

In der Sowjet-Union wird das Höchstmaß an Kraft aus Arbeitern und Bauern herausgeholt, das eine straff organisierte Partei, die den Staatsapparat fest in der Hand hat, herausholen kann. Daß Tausende, ja Millionen dort um einer Ueberzeugung willen in qualvoller Enge wohnen, daß sie in einem Lande mit großem Reichtum an Holz und Kohle im Winter frieren, daß sie überhaupt den Konsum aufs äußerste beschränken, um den Aufbau großer Industriebetriebe bewerkstelligen zu können, das zwingt Achtung ab, soweit es freiwillig geschieht. Und bei Millionen russischer Kommunisten ist die Zurückdämmung des eigenen Konsums zugunsten des Aufbaus eines großen Produktionsapparates ein gern und aus Ueberzeugung übernommenes Opfer.

Wir haben im „ISK“ in den Jahren 1926-28 freundschaftliche Kritik an der Wirtschaftspolitik der Sowjet-Union geübt; diese Kritik haben wir in einem Sonderheft des „ISK“ in russischer Sprache den führenden russischen Genossen und allen anderen, deren Adresse wir kannten, zugesandt. Wir haben die Reihe dieser Aufsätze Anfang 1928 abgebrochen, als die Vorbereitungen für den Fünfjahrplan begannen. Wir wollten damals und wollen auch heute noch alles unterlassen, was etwa die Aufbauarbeit in der Sowjet-Union stören könnte, und seien es nur Unkenrufe. Andererseits wollten wir (in aller Sozialisten Interesse) kritiklose Lobpreisungen der Sowjet-Wirtschaft natürlich vermeiden. Das war ein wichtiger Grund für unsere Zurückhaltung bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Sowjet-Union.

Ein anderer, ebenso wichtiger Grund bestand darin, daß es

genaue Unterlagen zur Beurteilung der Sowjet-Wirtschaft überhaupt nicht gibt,

nach Beginn des Fünfjahrplanes noch weniger als vorher. Solche Unterlagen haben auch diejenigen nicht, die eine mehr oder minder kurze Reise nach der Sowjet-Union gemacht haben.

Ich kenne die Sowjet-Union aus eigener Anschauung überhaupt nicht. Trotzdem glaube ich, es jetzt verantworten zu können, etwas über die Sowjet-Wirtschaft zu schreiben. Denn: Schon von dem, was die russischen Führer selber über die Sowjet-Union sagen, spricht vieles so stark gegen das dortige Wirtschaftssystem, daß jedem, der die Reden der russischen Führer genau liest, gegen die russische Planwirtschaft begründete Bedenken kommen. Ich will das heute an einigen Beispielen zeigen.

In einem weiteren Aufsatz will ich dann darauf eingehen, was der Hinweis auf die Sowjet-Union für die Propaganda der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjet-Union bedeutet. In einem dritten Aufsatz will ich zum russischen Wirtschaftssystem selber, der Planwirtschaft, Stellung nehmen.

Fünfjahrplan in vier Jahren!

Das ist die Losung, die wir immer wieder lesen. Lassen wir es zunächst dahingestellt, ob der Fünfjahrplan im vierten Planjahr, also bis zum Ablauf von 1932, verwirklicht werden wird. Selbst wenn das der Fall sein sollte, so wäre der Plan nicht in vier Jahren erfüllt. Denn das erste Planjahr begann am 1. Oktober 1928, und das vierte Vierteljahr 1930 wurde als Sonderquartal zwischen dem zweiten und dritten Planjahr eingeschaltet.

Ist es kleinlich, die Vier in Vierundeinviertel zu korrigieren? Wenn das die einzige Korrektur wäre, die ich anzubringen hätte, so würde ich gern schweigen. Aber es ist nicht das einzige, und die schon hier bemerkbare Irreführung ist kennzeichnend für die Art der russischen Propaganda. Darum stelle ich sie an die Spitze, ehe ich von der Produktion einzelner Stoffe rede.

Kohle.

Kuibyschew, der Vorsitzende der Staatlichen Plan-Kommission, sagte am 5. Januar 1931 vor dem ZEK (Zentral-Exekutivkomitee) der Sowjet-Union:

„Der wichtigste Bestandteil des Planes für 1931 ist die Entwicklung unserer Kraftwirtschaft und der Brennstoffindustrie, insbesondere der Kohlenförderung. Die Kohle steht im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit. Im Plane ist eine Kohlenförderung von 83,5 Millionen Tonnen vorgesehen, wodurch die Voranschläge des Fünfjahrplanes für 1933 um 10 Millionen Tonnen überschritten werden. Der Plan für 1931 sieht eine Steigerung der Kohlenförderung um 40 Prozent vor — eine schwierige Aufgabe, die jedoch unseren Produktionsmöglichkeiten vollauf entspricht.“

Derselbe Kuibyschew sagte am 23. Dezember 1931 vor derselben Körperschaft:

„Auch die Steinkohlenproduktion muß die Aufmerksamkeit der Partei und der Arbeiterklasse fesseln. Wir können nicht wiederholen, was im Jahre 1931 war, als infolge des starken Rückgangs der Kohlenförderung wir in der gesamten Volkswirtschaft, sowohl im Transport wie auch in der Industrie und besonders in der Hüttenindustrie, große Schwierigkeiten hatten.“

Gegenüber 57,6 Millionen Tonnen Kohlenförderung 1931 erfordert die Volkswirtschaft im Jahre 1932 90 Millionen Tonnen, und diese Aufgabe muß unbedingt durchgeführt werden.“

„Der wichtigste Bestandteil des Planes für 1931“ ist also nur zu etwa zwei Dritteln erfüllt worden. Ist das Planwirtschaft?

Eisen.

STALIN sagte am 27. Juni 1930 auf dem XVI. Parteitag der KPSU:

„Wir brauchen zum Ende des Fünfjahrplanes nicht, wie ursprünglich festgelegt, 10 Millionen Tonnen Roheisen, sondern 17 Millionen Tonnen. Diese Aufgabe müssen wir um jeden Preis erfüllen, wenn wir die Industrialisierung unseres Landes in wirksamer Weise voranbringen wollen.“

Kuibyschew sagte am 5. Januar 1931 vor dem ZEK der Sowjet-Union:

„Im laufenden Jahre werden wir 8 Millionen Tonnen Roheisen, 8,8 Millionen Tonnen Stahl und 6,6 Millionen Tonnen Walzwerk-Erzeugnisse herausbringen. Und dabei wird das Land noch mehr Metall erfordern.“

Und er sagte am 23. Dezember 1931 vor dem ZEK der Sowjet-Union:

„Wir müssen 9 Millionen Tonnen Roheisen produzieren, gegenüber 4,9 Millionen Tonnen, die im Jahre 1931 faktisch produziert wurden... Gegenüber 5,35 Millionen Tonnen Stahl der diesjährigen Produktion muß das Jahr 1932 9,45 Millionen Tonnen geben. Gegenüber 4,05 Millionen Tonnen Schmiedeeisen 6,66 Millionen Tonnen.“

Nehmen wir nur Roheisen: Im letzten Jahr des Fünfjahrplanes (also 1932) sollen nach STALINS Rede 17 Millionen Tonnen Roheisen produziert werden. Im Jahre 1932 sollten es 9 Millionen Tonnen sein; es waren 4,9 Millionen Tonnen (im Jahre vorher waren es übrigens mehr: 5 Millionen Tonnen).

Dieses Jonglieren mit Zahlen: 17, 8, 4,9, 9 — ist das Planwirtschaft? Das Vergleichen der Wirklichkeit von 1931 mit dem Plan für 1932, — ist das bolschewistische Selbstkritik?

Traktoren.

Nach der Resolution des ZEK der Sowjet-Union über den Volkswirtschaftsplan 1931 (vom 10. Januar 1931) sollten 1931 produziert werden: 56 000 Traktoren.

ORDSCHONIKIDSE sagte am 31. Januar 1932 über das vergangene Jahr (auf der XVII. Parteikonferenz der KPSU):

„... es war die Produktion von 8000 Traktoren vorgehen, erzeugt wurden 40 000.“

56 000, 8 000, 40 000?

Kollektivierung der Landwirtschaft.

Molotow sagte am 22. Dezember 1931 vor dem ZEK der Sowjet-Union:

„Laut Fünfjahrplan sollten in fünf Jahren 20 Prozent der Bauernwirtschaften kollektiviert sein. Wir haben schon am Ende des dritten Jahres des Fünfjahrplans über 60 Prozent aller Wirtschaften in Kollektivwirtschaften zusammengefaßt.“

Was hat das mit Durchführung eines Planes zu tun, wenn in drei Jahren das Dreifache von dem durchgeführt wird, was in fünf Jahren durchgeführt werden sollte?

Interessant übrigens, daß gerade in diesem Fall die Planziffern so wesentlich überschritten worden sind.

Die Ersetzung der Wirklichkeit durch den Plan.

Von der Praxis der Vergleichung der Wirklichkeit von heute mit dem Plan von morgen ist es nur noch ein kleiner Schritt dahin, den Plan für die Wirklichkeit auszugeben. Auch dieser Schritt wird getan. Dafür heute nur drei Beispiele aus der russischen Literatur.

1. 1932 wird in Deutschland eine Broschüre verbreitet: L. M. KAGANOWITSCH: „Die Sozialistische Rekonstruktion Moskaus und anderer Städte der UdSSR.“ Sie ist gedruckt in der Internationalen Druckerei in Moskau und wird in Deutschland seit dem Februar 1932 verkauft. Auf Seite 80 steht:

„So investieren wir allein im Jahre 1931 in den Wohnungsbau 1156 Millionen Rubel...“

In Wirklichkeit wurden nach einem Bericht von ORDSCHONIKIDSE auf der XVII. Parteikonferenz der KPSU (gegeben am 31. Januar 1932) im Jahre 1931 im Wohnungsbau 470 Millionen Rubel investiert.

2. Die deutsche Uebersetzung von M. ILJINS russischem Buch liegt zur Zeit in den Schaufenstern vieler deutscher Buchhandlungen. Es heißt: „Fünf Jahre, die die Welt verändern.“ Auf Seite 13 steht:

„Und wir haben schon im Jahre 1931 8 Millionen Tonnen (Roheisen, Rpt.) gewonnen...“

Im Wirklichkeit wurden 4,9 Millionen Tonnen gewonnen.

3. „Die Trompete“, eine Halbmonatsschrift für Schulkinder mittleren Alters und Pioniere, herausgegeben in Charkow, schreibt im Januar 1932 (Nr. 1 des 6. Jahrgangs, Seite 14):

„Im Jahre 1928 bestand die Aussaatfläche aus 112 Millionen, im Jahre 1931 aus 143 Millionen Hektar.“

Für 1931 waren geplant: 143 Millionen Hektar. Erreicht wurden: 137,5 Millionen Hektar. Der Plan für 1932 sieht vor: 141 Millionen Hektar (Angaben von Molotow auf Tagungen des ZEK der Sowjet-Union am 4. Januar 1931 und am 22. Dezember 1931).

Eine ernste Frage.

Was soll man nun eigentlich noch glauben, von den Reden, Büchern und Broschüren über die Sowjet-Union?

Sollen wir einfach schweigend abwarten, was im Osten aufgebaut wird? Sollen wir uns, inmitten der kapitalistischen Krise, dabei beruhigen: Wenn es mehr ist als Potemkinsche Dörfer, dann wird es ja nach Jahren noch stehen, uns belehren und unsere Sorgen als unberechtigt erweisen, daß die Kraft von sozialistischen Kämpfern auf falsche Aufgaben gerichtet wird?

Die Kollektivierung der Landwirtschaft ist kein Ergebnis wirtschaftlicher Entwicklung, sondern politischen Druckes. Mit Hilfe von politischem Druck Bauern in Kollektiven zusammenzuschließen, das ist freilich leichter — wahrscheinlich aber auf die Dauer auch gefährlicher! —, als die richtigen Mengen Eisen, Kohle, Oel und Holz zu produzieren und die richtigen Mengen davon zu den richtigen Zeiten im Produktionsprozeß zusammenzuführen.

Viehzucht.

KAGANOWITSCH sagte Ende 1930 über die Ergebnisse der Vereinigten Dezember-Plenums des ZK und des ZEK der KPSU:

„Das Plenum hat beschlossen, den Viehbestand des Trusts für Viehzucht auf 2 800 000 Stück zu erhöhen, den Bestand des Trusts für Schweinezucht auf 1 900 000 Stück, den Bestand des Trusts für Schafzucht auf 4,4 Millionen Stück.“

Kuibyschew sagte am 23. Dezember 1931 vor dem ZEK der Sowjet-Union:

„So vergrößern sich (1932 gegenüber 1931) die Herden des Viehzuchttrusts im Jahre 1932 von 2 100 000 Stück auf 2 950 000. Der Schweinezuchttrust erhöht seinen Viehbestand von 1 000 000 auf 2 900 000 Stück... Der Viehbestand des Schafzuchttrust wächst von 4,7 auf 7,3 Millionen Stück.“

Wer diese beiden Reden neben einander liest, bemerkt, daß sich Rindvieh, Schweine und Schafe in der Vermehrung nicht im Geringsten an den Plan gehalten haben. Davon ist in dem Bericht Kuibyschews aber nicht die Rede. Er vergleicht nur die Wirklichkeit von 1931 mit dem Plan von 1932.

Produktion.

Aus Raummangel muß ich die Aufzählung einzelner Produkte hier abbrechen. Hier zum Abschluß Gesamtziffern über das Wachstum der Produktion:

Molotow sagte am 4. Januar 1931 vor dem ZEK der Sowjet-Union:

„... so spricht die von den Kontrollziffern vorgesehene Zunahme der industriellen Jahresproduktion um 45 Prozent eindrucksvoll über die Erfolge der Industrialisierung unseres Landes.“

Im Leitartikel der „Prawda“ vom 20. Dezember 1931 heißt es:

„Die Gesamtproduktion der Industrie wuchs 1931 im Vergleich zum Vorjahre um 21 Prozent. Diese Zunahme läßt die Entwicklungstempi eines beliebigen kapitalistischen Landes in der Blüteperiode weit zurück.“

Wir finden auch die gegenüber dem Plan mehr als halbierte Produktionssteigerung eindrucksvoll. Die Ziffern sagen allerdings nichts über die Qualität der Produkte aus, ferner nichts darüber, wieviel auf dem Weg zum Konsumenten verloren geht. Eine Steigerung der Produktion liegt nach allen Angaben vor; sie entspricht aber keineswegs dem Plan. Daher scheint uns das Wort Planwirtschaft dafür wenig zu passen.

Aber es könnte ja gerade sein, daß dort ein festes Gebäude nach falschem, nicht sozialistischem Plan aufgebaut wird, und vor allem: Diese von Lügen der Feinde und Freunde umbrandete Sowjet-Union ist auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, ein Machtfaktor. Denn eine Partei, die im übrigen nur auf eigene Mißerfolge und Fehlschläge hinweisen kann — in ihrer Gewerkschaftspolitik, ihrer Betriebsrätearbeit, ihrer Freidenkerarbeit, in ihrem Zusammengehen mit den Faschisten beim preußischen Volksentscheid, bei der Reichspräsidentenwahl — hämmert den Massen mit allen Mitteln der Propaganda ein: Kommt zu uns. Wir bauen Sowjet-Deutschland nach dem Muster von Sowjet-Rußland.

Von dem neuen Buch des deutschen Kommunisten REMMELE über die Sowjet-Union, das dieser Propaganda dient, werde ich daher in einem zweiten Artikel dieser Reihe ausführlich sprechen.

Hellmut Rauschenplat.

DEUTSCHLAND

Gemeindefinanzen: In den Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preussischen Städtetages, die am 15. und am 16. April in Berlin stattfanden, kam von allen Seiten zum Ausdruck, daß sich die Lage der Städte in den letzten Monaten erheblich verschlechtert hat. Die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen ist im letztvergangenen Halbjahr um mehr als 60 Prozent gestiegen. Die Gemeinden und Gemeindeverbände müssen für 1932 mit einem Fehlbetrag von mindestens 750 Millionen Mark rechnen. Das Rechnungsjahr 1931 schließt mindestens mit einem Fehlbetrag von 350 Millionen Mark ab. In zahlreichen Industriestädten decken die gesamten Steuereinnahmen nur noch die Hälfte der Wohlfahrtslasten.

Der **Trinkbranntweinabsatz** der Reichsmonopolverwaltung betrug im 1. Vierteljahr 1932 rund 46.700 Hektoliter. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1931 ist das ein Rückgang von fast 50 Prozent, gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 sogar ein Rückgang von rund 80 Prozent. Im Interesse der Volksgesundheit ist diese Absatzverminderung sehr erfreulich. Bedauerlich ist aber, daß die Monopolverwaltung den Landwirten beziehungsweise den Brennerinnen noch immer den Brantwein in großen Mengen abkauft und bereits einen Vorrat von rund 2.650.000 Hektoliter angesammelt hat!

Landwirtschaftliche Versteigerungen in Bayern: Nach dem Bericht der bayerischen Landes-Bauernkammer sind 1931 in Bayern 971 landwirtschaftliche Anwesen versteigert worden, während es im Jahre zuvor „nur“ 591 waren. Die Landes-Bauernkammer weist darauf hin, daß es schon schlimmere Zeiten gab; zum Beispiel seien im Jahre 1880 in Bayern 3739 Anwesen versteigert worden.